

Umgang mit der AfD

„Im Vorfeld der Berliner Abgeordnetenhauswahl fordert ein großes zivilgesellschaftliches Bündnis in einem offenen Brief an den Berliner Senat, AfD-Vertreter an Berliner Schulen keine Bühne zu geben.“, heißt es in einer Pressemitteilung des **Landesjugendringes Berlin**.

Zum Bündnis gehören die GEW BERLIN, die Eltern gegen Rechts, die Deutsche Vereinigung für politische Bildung Berlin, der Landesjugendring Berlin, der Kinderschutzbund Berlin, die AWO Berlin, der Landeselternausschuss, das Bundeselternnetzwerk der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe, die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik Berlin, der Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V., das Berliner Bündnis für schulische Inklusion, Schule muss anders, der Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V. GGG, Lautwerden für Bildung und die Black Dads.

„Oft finden im Vorfeld von Wahlen politische Podiumsdiskussionen in Schulen statt. Podiumsdiskussionen mit Politikern sind ein guter Weg zur demokratischen Debatte und Meinungsbildung. Wenn allerdings Vertreter der bundesweit als gesichert rechtsextrem eingestuften AfD in den Schulen eine Bühne bekommen, gefährdet dies den schulischen Schutz- und Bildungsauftrag“, erläutert **Felicia Kompio**, Vorsitzende der **GEW BERLIN**. „Die Schulleitungen und Lehrkräfte, die den Bildungsauftrag umsetzen und sich tagtäglich für die Werte des Grundgesetzes einsetzen, brauchen einen klaren Rückhalt“, fordert Kompio.

„Verfassungsfeindliche Positionen sollen pädagogisch begleitet und fachdidaktisch aufbereitet behandelt werden. Ein direktes Aufeinandertreffen mit AfD-Vertretern ist für eine sachliche Auseinandersetzung nicht erforderlich“, erklärt **Prof. Dr. Sabine Achour** von der **Deutschen Vereinigung für politische Bildung Berlin**.

„Schulen sind Orte der Gemeinschaft und der Vielfalt. Kinder und Jugendliche sollen frei von Angst, Abwertung und Diskriminierung lernen und aufwachen können. Sie vor möglichen Angriffen auf ihre Würde und verfassungsfeindlichen Positionen zu schützen, ist die Aufgabe von Schule“, betont **Sonja Weber** von **Eltern gegen Rechts**.

„Schulen sollen Kinder und Jugendliche in demokratischer Teilhabe unterstützen und stärken“, sagt **Tilman Weickmann**, Geschäftsführer vom **Landesjugendring Berlin**. „Es widerspricht dem Bildungsauftrag aber, wenn Vertreter einer Partei in die Schulen kommen, die ganz offen Demokratie, Rechtsstaat

und Menschenwürde missachtet und gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung arbeitet“, so Weickmann.

Der Auftrag von Schulen ist nach §1 des Berliner Schulgesetzes, Schülerinnen und Schüler zu befähigen, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu gestalten. Die AfD wurde auf Bundesebene vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ eingestuft. So sei das in der Partei vorherrschende ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar. Es ziele darauf ab, bestimmte Bevölkerungsgruppen von einer gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen, sie einer nicht verfassungskonformen Ungleichbehandlung auszusetzen und ihnen damit einen rechtlich abgewerteten Status zuzuweisen. Vertretern einer gesichert rechtsextremistischen Bestrebung darf in Schulen kein Raum gegeben werden!, heißt es weiter in der Pressemitteilung des LJR.

Der offene Brief ist als Petition auf WeAct eingestellt: <https://weact.campact.de/petitions/kein-podium-fur-die-afd-an-berliner-schulen-kinder-schutzen-und-starken>

Und nun zur Realität

Ja, es ist ehrenwert, Kinder und Jugendliche vor AfD-Vertretern in Schulen schützen zu wollen. Wer schützt sie allerdings zu Hause, wenn dort ihre Eltern Positionen der AfD vertreten? Es wird bei allen in diesem Jahr anstehenden Wahlkämpfen wieder Diskussionen im Fernsehen geben, an denen AfD-Politiker teilnehmen. Soll den Jugendlichen verboten werden, sich diese Sendungen anzuschauen? Ein Besuch von Schulklassen in den Bezirksverordnetenversammlungen und im Abgeordnetenhaus sind ein Beitrag zur politischen Bildung. Soll man auf diese Besuche verzichten, weil dort Vertreter der AfD sitzen? Ist es nicht gerade sinnvoll, die Jugendlichen miterleben zu lassen, wie die Vertreter der demokratischen Parteien die Positionen der AfD auseinandernehmen und entlarven?

In einer **Tagesspiegel**-Umfrage von heute sprechen sich 74 Prozent der Teilnehmenden für ein Verbot von AfD-Politikern an Schulen aus, nur 21 Prozent haben nichts dagegen.

„Verfassungsfeindliche Positionen sollen pädagogisch begleitet und fachdidaktisch aufbereitet behandelt werden.“ Was spräche dagegen, wenn nach einer Diskussion mit Politikern aller im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien, die Lehrer ihren Job machen und die Diskussion mit den Schülern auswerten?

„Ein direktes Aufeinandertreffen mit AfD-Vertretern ist für eine sachliche Auseinandersetzung nicht erforderlich.“ Beim besten Willen, das verstehe ich nicht. Wir reden hier nicht über Aliens, sondern über Mitbürger, die, wodurch auch immer verursacht, an einer Stelle falsch nach rechts abgelenkt sind. Nur im direkten Aufeinandertreffen kann es gelingen, sie wieder auf die gerade Bahn zu bringen.

Und was ist eigentlich mit den Politikern, die sich für die demokratische Mitte halten? Sind sie zu schwach, um auf einem Podium in einer Schulaula den AfD-Vertretern zu widersprechen? Das gelingt ihnen doch halbwegs auch auf anderen Bühnen.

Man muss sich mit der AfD auf allen Ebenen auseinandersetzen, Face to Face. Die AfD ist keine Randgruppe wie das BSW.

Die Realität in Deutschland sieht wie folgt aus:

Aktuelle Umfragewerte:

Baden-Württemberg	20 Prozent
Bayern	19 Prozent
Berlin	17 Prozent
Brandenburg	34 Prozent
Bremen	15 Prozent
Hamburg	9 Prozent
Hessen	20 Prozent
Mecklenburg-Vorpommern	35 Prozent
Niedersachsen	20 Prozent
Nordrhein-Westfalen	15 Prozent
Saarland	23 Prozent
Sachsen	35 Prozent
Sachsen-Anhalt	39 Prozent
Schleswig-Holstein	14 Prozent
Thüringen	38 Prozent

Wir haben in Deutschland kein kleines, sondern ein sehr großes Problem mit dem Rechtspopulismus. Und den bekämpfen wir nicht mit Auftrittsverboten an Schulen. Vor der rechten Ideologie, sponsert by MAGA, müssen wir Angst haben, denn sie zerstört unsere freiheitlich demokratische Grundordnung. Vor Politikern der AfD sollten wir keine Angst haben, je näher man ihnen kommt, desto armseliger werden sie. Wir müssen mit ihnen reden, am besten in dem Café auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen, nach einem Rundgang, der ihnen zeigt, wohin ihre Ideologie führen kann.

Ed Koch